

Das Ausland und der deutsche Streit.

Das Münchener zuständige Zivilgericht hat gegen den Mechaniker Lorenz Winkler, geboren in Pries (Chiemsee) als weiteren am Streit Beteiligten einen Haftbefehl erlassen. Winkler hielt sich vor dem Kriege im Ausland auf und unterhielt nach seiner Rückkehr nach Deutschland mit dem Ausland Beziehungen. Das übrigens bei der Streitbewegung Auslandsinstanzen maßgeblich waren, ist daraus hervorgegangen, daß bei jedem der Verbotene ein Schriftstück gefunden wurde, dessen Verfasser zweifellos Ausländer sind. In diesem Schriftstück wird versucht, gegen die alte Kriegsanleihe Stimmung zu machen und das deutsche Volk zu verhexten.

Zur slämisichen Bewegung.

Das zentralslämische Pressebüro schreibt: Die slämische aktivistische Bewegung, über welche die belgische Flüchtlingswelle bereits seit 2 Jahren weißlich geworden ist und die angeblich nur von einem paar Dutzend Betrütern auf deutschen Befehl unternommen wurde, scheint den Herren in Havre, seitdem die Wahlen zum Rat von Flandern vollzogen werden, doch nicht mehr so ganz harmlos zu sein, wie sie glauben machen wollen. Es geht nämlich das Gerücht, auf Einwirkung der Regierung in Havre sei dem Brüsseler Gericht der Auftrag gegeben worden, gegen die Veranstalter der Wahlen, die seit drei Wochen in Flandern in allen Städten stattfinden, strafrechtlich vorzugehen, weil sie sich angeblich ein Recht angemahnt hätten, das nach der Verfassung nur dem Könige zu steht: Wahlen zur Einsetzung von Gouvernements. In Wirklichkeit scheint es den Machthabern in Havre nur um eine politische Auseinandersetzung zu tun zu sein, mit der man wieder einmal wie von jenseits des Ozeans eine deutsche Macht diskreditieren will. Denn wie man hört, soll nun die Anklage erhoben werden. Aber an die Durchführung des Prozesses, der nur auf schwankendem rechtlichen Boden aufgebaut ist, denkt niemand. Bis jetzt hat man mit großem Apparat gearbeitet. Denn nicht nur die Staatsanwaltschaft, sondern auch das Brüsseler Appellationsgericht ist mobil gemacht worden. Diesem Tendenzprozeß nach Clemenceau'schem Muster können die Männer mit voller Ruhe entgegensehen. Denn in Wirklichkeit fürchten derartige Maßnahmen nur, wie durch die Ereignisse der letzten Woche bewiesen wurde, die aktivistische Bewegung.

Berichtetes französisches Patrouillenboot.

Paut "Lepeche de Lyon" ist das französische Patrouillenboot "Gouland" am 11. Januar durch ein U-Boot versenkt worden.

Der italienische Meistersieger gesunken.

Major Salomone, der bekannteste italienische Flieger, wurde kürzlich im Luftkampf getötet.

Aus der englischen Thronrede.

Aus London wird gemeldet: Die Sitzung des englischen Unterhauses wurde geschlossen. In seiner Thronrede erwähnt der König die Beteiligung Amerikas am Kriege. Neuer Nukland heißt es: Nukland, das durch innere Spaltungen beunruhigt war, war nicht mehr imstande, im Kampfe auszuhalten, bis die Früchte seiner großen Opfer geplündert werden konnten. In diesem Augenblick hat Nukland aufgehört, seinen Anteil an der Aufgabe der Verbündeten zu tragen. Aber die Verhandlungen, die Nukland mit dem Feinde angeknüpft hat, haben bewiesen, daß die Regierungen, welche diesen ungünstlichen Krieg verursacht haben, bei dem Feinde ungeschickt weiter bestehen. Diese tragischen Ereignisse tragen dazu bei, auch die anderen Verbündeten zu schwächen. Sie haben aber die Energie und die Loyalität, womit alle das gemeinsame Ziel weiter zu erreichen suchen, nicht geschwächt. In den wechselnden Ereignissen sieht klarer als jemals der Erfolg der Demokraten fest, der Welt einen gerechten und dauerhaften Frieden zu sichern. Weiter gibt der König noch eine Übersicht über die militärischen Ereignisse und äußert zum Schluß die Hoffnung, daß es gelingen wird, über Irland zu einem friedlichen Ausgleich zu gelangen.

Lebensmittelrequisitionierung in London.

"Allg. Handelsbl." meldet aus London vom 5. d. Ms.: Lord Rhondda hat die örtlichen Lebensmittelkommissionen ermächtigt, alle Lebensmittelvorräte der Kleinhändler mit Ausnahme der Genussmittel in ihren Distrikten zu requirieren. Dies ist die strenge Maßregel, die bisher von den Lebensmittelkontrolleuren angeordnet worden ist.

Ein neuer Balkanfeldzug?

Der römische Mitarbeiter der "Stampa" berichtet: Nach den Konferenzen in Verfaßtes werde die neue Phase der Kriegsführung der Verbündeten auch durch den Plan gekennzeichnet, die militärische und politische Tätigkeit auf dem Balkanfeldzug demnächst wieder aufzunehmen. In Korfu wird eine politische Zusammensetzung zwischen Politsch und dem griechischen Minister Politis angekündigt, um die Annäherung zwischen Italien, Serbien und Griechenland zu vervollständigen. Die Gegnjäger zwischen diesen Ländern und Serbien scheinen nun belegt zu sein, so daß das serbische Heer wieder tätig an dem Kampf teilnehmen wird. Die Balkanarmee der Alliierten wurde ferner durch bereits mobilierte griechische Truppen verstärkt. Die Einführung eines einheitlichen Oberkommandos wird nach der Stampa vorläufig unterbleiben. Die sogenannte Mandariner- oder Reservearmee wird aus Truppen aller Verbündeten zusammengebracht sein, die wahrscheinlich unter den Oberbefehl eines französischen Generals gestellt wird; sie steht ständig zur Verfügung des Oberstabsrates, um an der am meisten bedrohten Stelle eingreifen zu können.

Venezianisches Politik.

Der "Tempo" meldet aus Athen: Venezianisches erklärt, die Menterien in Vana bewiesen, daß man einer Reaktion gegen die Mobilisierung gegenüberstehe, wogegen die Regierung Maßnahmen ergreifen müsse. Die Ereignisse in Vana überzeugten die Regierung, daß eine radikale Änderung in der Haltung der Regierung gegenüber ihren Gegnern unabdingt notwendig sei. Paut "Petit Parisien" ist die griechische Kammer, die heute zusammengetreten sollte, vertagt worden. Neben weiteren Verhaftungen von ehemaligen Ministern und Abgeordneten meldet die französische Presse, daß der Platzkommandant von Athen eine Anzahl höherer Offiziere und zahlreiche Subalterne Offiziere verhaftet habe.

Holländische Stimme zu dem amerikanisch-holländischen Schiffsvorvertrag.

Während der deutsch-schwedische "Telegraaf" das vorläufige holländisch-amerikanische Abkommen lebhaft begrüßt, wendet sich die angesehene Wochenschrift "Haagche Post", der man allzu deutschfreundliche Neigungen gewiß nicht zuschreiben kann, gegen die amerikanische Regierung, die durch ihre Haltung Holland gegenüber es erforderlich mache, daß 300 000 Tonnen holländischen Schiffsraumes, nahezu ein Drittel der ganzen holländischen Handelsflotte, tatenlos monatelang in amerikanischen Häfen bleibende ruhe. Das heutige Abkommen bestreitet das Blatt keineswegs, da nur ganze zwei Schiffe Personenmittel nach Holland bringen dürfen und es noch nicht einmal feststehe, ob diese Schiffe das dringend erforderliche Getreide mitführen werden. Des weiteren bemängelt das Blatt, daß das Land der Freiheit das holländische Schiff "Nieuwe Amsterdam" mit holländischen Fahrästen eine Woche lang im Hafen zu verbleiben zwinge, während 70 holländische Reisende aus den willkürlichen Gründen über ganz ohne Gründe die Reiseerlaubnis sogar nach den holländischen Kolonien verwirkt wurde.

Amtliche Tagesmeldung.

(W. T. B.) Großes Hauptquartier, 8. Februar.

Weltlicher Kriegsschauplatz:

Fast an der ganzen Front war die Geschäftigkeit gestoppt. Auf dem östlichen Maasufer, bei Bezonvaux und südwestlich von Ornes drohte unsere Infanterie von Erkundungen eine Anzahl Gefangene ein. Tagsüber blieb die Artillerie in diesen Abschnitten tätig.

Aus den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.**Der Erste Generalquartiermeister:**

London 8. Febr.

Berlin, 7. Febr. Amtlich. Neue U-Bootsfolge im westlichen Mittelmeer. 26 000 Br.-Rdg.-To. Die dadurch unseres Feindes zugesetzten Verluste haben den Transportverkehr nach Frankreich und Italien schwer getroffen. Unter den verlorenen Schiffen befanden sich zwei große Transportschiffe und ein Taudampfer, der mit seinem Begleitfahrzeug vernichtet wurde und anschließend Besatzung oder Kapitän gerettet hatte, da er unter einer ungeheuren Feuerkugel versank. Auch fünf italienische Segler fielen den Angriffen der U-Boote zum Opfer, unter ihnen die Schoner "Atilio", "Urania" mit Kortladung und "Maria S. S. del Paradiso".

An den vorstehenden Erfolgen war in erster Linie ein kleines U-Boot unter Führung des Oberleutnants zur See Neymann beteiligt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.**Amerikas Politik gegenüber den neutralen Staaten.**

"Finanz-Ztg." schreibt: Das Verhältnis der neutralen Länder zu Amerika ist in der vergangenen Woche durch das amerikanische Ultimatum an Norwegen in das rechte Licht gesetzt worden. Amerika hat, ohne die Erklärung der norwegischen Regierung abzuwarten, seine Bedingungen für ein Handelsabkommen veröffentlicht, die als vollkommen unannehmbar angesehen werden müssen für ein Land, das seine neutrale Handelspolitik aufrecht erhalten will. Es ist auch gemeldet worden, daß zwischen Amerika und Schweden in der Tonnagefrage in London ein Abkommen unterzeichnet worden sei. Diese Meldung wurde später dementiert. Welche Schritte Amerika unternehmen wird, wenn die neutralen Länder sich weigern, dessen Bedingungen anzunehmen, muß die Zeit zeigen. Der Tonnagemangel muß wirklich sehr groß sein, wenn es sich als notwendig erweist, den neutralen Ländern so schwere Bedingungen zu stellen. Sollte es den nordischen Ländern nicht gelingen, zu einer Vereinbarung mit Amerika zu gelangen, so werden sie eine schwere Zeit bis Kriegsschluss aushalten und sich durch gegenseitige Hilfe über den Krieg hinwegzögern müssen. Zu einem früheren Zeitpunkt hätte man diese Aufgabe als hoffnungslos angesehen. Aber bei der Klarheit, die man jetzt hinsichtlich der Lage gewonnen hat, ist das keineswegs mehr. Außer den Zufuhren, die Deutschland zu leisten vermag, besteht auch Ausicht auf Hilfe aus Nukland; aber in erster Reihe gilt nun, daß Dänemark, Norwegen und Schweden in einer besonnenen Neutralitätspolitik einig zusammenstehen.

Politische Rundschau.

Österreich-Ungarn. Ministerpräsident Dr. von Seidler hat dem Kaiser die Demission des Kabinetts überreicht.

Sächsischer Landtag.

Erste Kammer.

Sitzung vom 7. Februar 1918.

Bericht über die Tagesordnung verpflichtet Präsident Graf Bischum von Eichstädt den von den Landständen an Stelle des verstorbenen Rittergutsbesitzers Steiger - Kleinbauden im das Haus neugewählten Generalleutnant Hemppel - Ohorn. Dann tritt das Haus in die Beratung des Kapitels 22, 23 und 28 des ordentlichen Staatshaushaltssatzes betreffend Kontante, Jahrgelder und sonstige Leistungen auf Grund des königlichen Haushaltsgesetzes und Oberverpolstungsgesetzes. Die Kapitel werden in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer erledigt. Bei der nun folgenden Beratung über Kapitel 88 bis 92 des Reichsstaatsberichtes betr. das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts, Evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, katholisch-geistliche Behörden usw. bemerkte Bischopf Dr. Löbmann: Es ist jetzt immer die Rede von Neuorientierung. Das ist eine Entwicklung im Staatsweise, die entweder rückbildung oder fortbildung sein kann. Es waren ideale Kräfte bisher in unserem Volke vielfach gebunden, manchmal nicht ohne eigene Schuld. Mein Wunsch ist es nur, das Kampfziel, das die Konfessionen bisher gegenseitig geschwungen haben, zu begreifen, daß sie sich gegenseitig nicht bekämpfen, sondern Schulter an Schulter die gemeinsamen Aufgaben zu lösen suchen, und zwar handelt es sich um Aufgaben sozialer, kultureller und charitativer Art. Die Konfessionen müssen Hand in Hand gegen Rot und Blau kämpfen. Es ist eine falsche Ausschöpfung, wenn sie sich gegenseitig in dieser Zeit bekämpfen wollen. Dadurch würde nur der Glaubenslosigkeit gedient werden. Man müsse gegenseitig annehmen an Hochachtung. Es soll jeder auf seinem Gebiete tätig sein. Ich will keine Glaubensvermixung. Oberhofprediger Dr. Dibelius: Für die freundlichen und wohltuenden Worte des Herrn Bischof danke ich im Namen unserer evangelischen Landeskirche herzlich und verschwere, daß das Hand-in-Handgehen zum Wohle unseres Volkes bei unserer Kirche das freundlichste Echo finden würde. Kultusminister Dr. Beck: Der Bedarf des Herrn Bischof zur Stärkung und Wahrung der konfessionellen Duldsamkeit im Lande wird in der ganzen evangelischen Bevölkerung den lebhaftesten Beifall finden wie bei der Regierung. Es war ein erhebendes Zeugnis für die verständnisvolle Auffassung der Gegenwart in diesem Weltkriege, wie die Geistlichen beider Konfessionen an der Front und in der Heimat gemeinsam geweitet haben, den Kranken und Sterbenden mit dem Trost der Kirche beizukehren und dafür zu sorgen, daß auch in der Heimat die Wunden des Krieges geheilt werden. Die Regierung wird es als ihre höchste Aufgabe ansehen, an ihrem Teile dazu beizutragen, daß das Gefühl der Duldsamkeit unter den Angehörigen beider Konfessionen gehärtet werde unter Wahrung der Selbständigkeit beider Konfessionen. So wird der konfessionelle Frieden als eines der höchsten Güter unserem Lande Segen bringen. Oberbürgermeister Keil - Zwickau als Berichterstatter: Die Deputation habe zu diesen hochbedeutenden Kundgebungen der obersten Geistlichen der beiden Konfessionen noch keine Stellung nehmen können. Er glaube aber im Sinne der Deputation sagen zu können: Die Angehörigen beider Konfessionen haben in Not und Kampf beisammengestanden. Wenn sich

daraus ein gemeinschaftlicher Kampf beider gegen soziale Rüte und Unglück entwidelt, wenn sich daraus unter Wahrung der Selbständigkeit beider Konfessionen ein wirklicher Frieden entwickelt, so kann uns das nur recht sein und wir werden uns darüber freuen, wenn die gehörigen bedeutenden Erklärungen innerhalb der Konfessionen auf einen guten Boden fallen. Die bei den Kapiteln des Reichsstaatsberichts vorgekommene Überschreitung werden hierauf nachträglich genehmigt. Eine Petition des deutschen Vereins für Knabenarbeit und Werkstattunterricht zu Posen um Einführung des Handwerkstätigkeitsunterrichts als Pflichtfach in den Volksschulen und anderen Klassen der höheren Schulen auf sich berufen zu lassen. — Der Gesetzentwurf über die anderweitige Hinausschiebung der Soldaten an die Bevölkerungsversammlungen, die Kapitel des ordentlichen Staatshaushaltssatzes, Landessiotterie, Lotteriedarlehen und Tit. 19 des außerordentlichen Haushaltssatzes, zweitlicher Ausbau der Strecke Elbaut-Taubenheim werden noch den Beschlüssen der Zweiten Kammer erledigt. Rücksicht Sitzung Donnerstag, den 14. Februar, mittags 12 Uhr: Eröffnung des Staatskapitels und Besteuerung der Tewerungszulagen.

Zweite Kammer.

Sitzung vom 7. Februar 1918.

Zunächst wird bei einigen Kapiteln des Reichsstaatsberichts die vorgekommene Staatsüberschreitung nachträglich genehmigt. Sodann folgt die Beratung des Haushaltssatzes für das Finanzministerium. Berichterstatter Abg. Dr. Hartel (Kons.) beantragt, die Ausgaben und Einnahmen nach der Vorlage zu genehmigen. Abg. Höppert (Nat.) kritisiert die bisherige Finanzpolitik der sächsischen Finanzminister, vor allem die des früheren Finanzministers Dr. Müller. Man habe eine Art Dampfpolitisches getrieben. Die Belastung der Einkommen und Vermögen müsse auf längere Zeit verteilt werden. Abg. Brodauf (F. So.) kritisiert die Darlegungen des Finanzministers in der Ersten Kammer über die finanzielle Finanzpolitik. Eine Kriegsentschädigung würde wohl kaum von unseren Feinden zu erhalten sein. Der Finanzminister könne sich also darauf nicht verlassen. Man brauche aber deswegen nicht an der Zukunft Deutschlands zu verzweifeln. Abg. Hähnel (Kons.) verteidigt die Finanzpolitik der sächsischen Finanzminister und insbesondere die des Dr. Müller. Die Regierung müsse ihren Haushaltssatz auf eine gesunde Grundlage stellen. Finanzminister v. Seydelwitz erklärt, wenn Sachsen die Überschüsse früherer Jahre nicht gehabt hätte, würden wir jetzt im Kriege nicht die großzügige Kohlen- und Elektrizitätsproduktion enthalten können. Sparhaftigkeit sei freilich heute dringender als je gewesen. Ein Bericht auf die Kriegsentschädigungen wirke, weil er von unseren Feinden als Schwäche angesehen wird, nur kriegsverlängernd. Ein solcher Bericht wäre aber ein Unglück für das Land. Abg. Dr. Böhme (Kons.) tritt für eine möglichst hohe Kriegsentschädigung, namentlich auch von Amerika ein, das leichter in der Lage sei, sie zu ertragen, als wir, auf eine solche zu verzichten. Das Reich werde Monopole einführen müssen. Seine politischen Freunde setzen dem Finanzminister für seine bisherige Finanzpolitik dankbar. Vizepräsident Dr. Speck (Kons.) dankt dem Finanzminister, daß er daran erinnert habe, daß der Bundesrat auch noch da sei, ebenso dafür, daß er so kräftige Worte gegenüber dem feindlichen Ausland gefunden habe. Abg. Rößle (Nat.) meint, es müsse eine Finanzpolitik getrieben werden, die nicht allein von föderalen Interessen diktiert sei, sondern die den Erfordernissen der Zeit entspreche. Bei Kap. 75, Großer Garten in Dresden, bemängelt Abg. Linke (Soz.) die niedrigen Löhne der Gartenarbeiter. Finanzminister v. Seydelwitz sagt eine erneute Prüfung der Verhältnisse zu. Nach weiterer unerheblicher Debatte werden die Kapitel nach der Vorlage bewilligt. Gegen das Gesetz des Finanzministers stimmen die Sozialdemokraten beider Kammern. Die bei den Reichsstaatskapiteln vorgekommene Staatsüberschreitung werden nachträglich genehmigt. Rücksicht Sitzung Montag, den 11. Februar, nachmittags 4 Uhr: Antrag André betreffend Vergroßerung der Kartoffelanbau- und Landesbrandversicherungsanstalt.

Sächsische Nachrichten.

8. Februar 1918.

Wegfall von Schnellzügen an Sonn- und Feiertagen. Die Schnellzüge D 121: ab Dresden Hbf. früh 1.10, in Görlitz 3.07, in Breslau 5.58; D 128: ab Breslau norm. 11.28, ab Görlitz nachm. 2.20, in Dresden Hbf. 4.15; D 68: ab Dresden Hbf. nachm. 1.50, in Berlin Ab. 5.05; D 64: ab Berlin Ab. Bf. nachm. 1.08, in Dresden Hbf. 4.37, und 70: ab Elsterwerda 3.26 nach Riesa-Chemnitz fallen vom 10. Februar ab an Sonn- und Feiertagen aus und verkehren nur noch an Werktagen.

(R.M.) Das stellv. Generalkommando 12. A.-K. hat unter dem 30. Januar 1918 auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand eine neue Fassung über die Einschränkung der Bautätigkeit erlassen, wonach alle kommunale sowie privaten Bauten auch Ausbesserungen und Veränderungen, selbst wenn sie nach § 23 der Verordnung, die Ausführung des Allgemeinen Bau-gezesses für das Königreich Sachsen betr., vom 1. 7. 1900 oder nach Ortsgesetzen der vorherigen Genehmigung der Baupolizeibehörde nicht unterliegen, der vorherigen Genehmigung der Kriegsamtstelle Dresden bedürfen. Der Wortlaut der Fassung ist aus der Sächs. Staatszeitung und einer Anzahl anderer amtlicher Blätter zu ersehen. (R.M.) Die stellv. Generalkommandos 12. und 19. Armeekorps haben auf Grund von § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand verboten, nicht durch Druck verstellbare technische Zeichnungen ohne Genehmigung der für den Bereich zuständigen Kommandobehörde auszuführen. Die Genehmigung ist im Bezirk des stellv. Generalkommandos 12. A.-K. bei der Polizeidirektion Dresden-Pfaffendorf, im Bezirk des stellv. Generalkommandos 19. A.-K. bei dessen Preiseabteilung in Leipzig-Dittrichring 2, nachzusuchen. Die Sendungen dürfen nur Zeichnungen enthalten und sind zur unmittelbaren Weiterleitung vorstellig einzureichen.

In den letzten Tagen ist durch die Tageszeitungen die Bemerkung geläufig, daß der Verlust der deutschen Bäder zur Vermeidung des Schlechthandels eingeschränkt oder ganz verboten werden solle. Diese Behauptung ist unzutreffend. Bäder beim Kriegsernährungsamt noch beim Landesernährungsamt für Breuhen besteht die Absicht, in den Betrieb der Bäder hemmend einzutreten.

Fürsorge für Kriegsgefangene in Rumänien. Der Landesausschuß der Vereine vom Roten Kreuz in Dresden schreibt uns folgendes: Ungünstige Nachrichten über die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Rumänien lassen es erwünscht erscheinen, die Allgemeinheit darüber zu unterrichten, was von der deutschen Regierung zur Befreiung des Volkes unserer Gefangenen in Rumänien unternommen worden ist. Es sind größere Mengen Kleidungsstücke, Wäsche, Kopfbedeckungen und Schuhwerk überwiesen worden, so daß auf jeden Mann eine Garnitur, bestehend aus Rock, Hose, Mantel, Mütze, Leibwäsche (Hemd, Hosenträger, Strümpfe, Unterhosen) und Schuhwerk, entfällt. Zur Befreiung der hoffnungslosen und fauligen Verhältnisse sind umfangreiche Sendungen an Seife, sowie große Mengen Kleidungsmitte zu Verfügung gestellt worden. Unter den Gefangenen wird jetzt ferner durch schweizerische Vertreter,